

Veranstaltung vom 14.11.2018 im Marburger Weltladen

Migrationsgeschichte von Vietnames*innen in Deutschland **Tamara Hentschel, Reistrommel e.V.**

Eingangs stellte sich Frau Hentschel persönlich vor: Sie ist seit 25 Jahren mit einem Vietnamesen verheiratet und war vor der Wende Betreuerin eines Wohnheims für Vertragsarbeiter*innen in Berlin. Während ihrer dortigen Tätigkeit lebte sie im Zwiespalt zwischen ihrer Erziehung, die Solidarität und Völkerfreundschaft proklamiert hatte, und ihrer Arbeit, bei der sie die Bewohner*innen bewachen und bespitzeln sollte. Eine Integration der Vertragsarbeiter*innen in die DDR-Gesellschaft war von der Regierung weder erwünscht noch erlaubt, und so wurde deren Leben sehr streng reglementiert. Beispielsweise hatten die Vertragsarbeiterinnen kein Recht, Kinder zu bekommen oder mit einem deutschen Mann eine Beziehung einzugehen. Ebenso war eine Beziehung oder eine Ehe mit einem vietnamesischen Vertragsarbeiter und einer deutschen Frau untersagt. Frau Hentschel betont, dass es ihr wichtig war, ihrem Gewissen zu folgen und den Bewohner*innen zu helfen, wenn sie in eine missliche Lage kamen.

Nach der Wende wurde ihr gekündigt und die Wohnheime wurden aufgelöst, da zu diesem Zeitpunkt auch die meisten Betriebe, in denen die Vertragsarbeiter*innen angestellt waren, ihrer Produktion einstellten. Frau Hentschel begann dann mit Beratungsarbeit für die arbeitslosen Vietnames*innen, und der Verein Reistrommel wurde 1993 gegründet. Das Symbol des Vereins zeigt den vietnamesischen Kulturvogel und die Kupfertrommel - beides erinnert an das Lied „Die Reistrommel“.

In Deutschland leben derzeit um die 100.000 Vietnames*innen, davon 20.000 in Berlin. Die Hintergründe und die Migrationsgeschichte der Einzelnen sind sehr divers. Den Schwerpunkt setzte Frau Hentschel in ihrem Vortrag auf die Vertragsarbeiter*innen, doch auch die anderen Gruppen von Vietnames*innen in Deutschland stellte sie vor.

Die beiden größten Gruppen machen die Boatpeople und die Vertragsarbeiter*innen aus. Bei den Boatpeople handelte sich um Flüchtlinge, die nach Ende des Vietnamkrieges aus Südvietnam in die BRD kamen. Heute leben sie hauptsächlich in Westdeutschland und in Berlin sind es 2000. Sie haben nur begrenzten Kontakt zu ehemaligen Vertragsarbeiter*innen.

Die Vertragsarbeiter*innen in der DDR waren zwischen 18 und 35 Jahren alt und hatten meist 5-Jahres-Verträge. Ihre Pässe wurden während ihres Aufenthalts vom Staat einbehalten.

Darüber hinaus gab es schon immer Studierende und Auszubildende. In den fünfziger Jahren kamen etwa 100 Vietnames*innen zum Studium, zur Aspirantur oder zur Berufsausbildung in die DDR. Zwischen beiden Staaten wurde eine Vereinbarung

beschlossen. Ein Bleiberecht nach dem Studium oder der Ausbildung gab es nicht – die jungen Leute mussten zurück nach Vietnam.

Vor allem über Russland, Polen, Bulgarien und Tschechien kommen Asylbewerber aus Vietnam nach Deutschland.

Hinzu kommen noch die Neuzugewanderten, etwa im Rahmen der Familienzusammenführung.

1980 vereinbarten die DDR und Vietnam in einem Regierungsabkommen, dass 60.000 Vertragsarbeiter*innen in verschiedenen DDR-Betriebe Beschäftigung finden sollten. Ihre Sprachkenntnisse waren sehr gering, da ein Deutschkurs nur 6 Wochen dauerte. Die ersten Vertragsarbeiter*innen, die als Lehrlinge kamen, hatten mehr Deutschkenntnisse. Nicht selten wurden Vietnames*innen als Meister*innen - beispielsweise in der Bekleidungsindustrie - eingesetzt, aber nicht als Meister*innen bezahlt. Sie waren verpflichtet in Wohnheimen zu leben. Es gab rigide Zugangsbedingungen: so war beispielsweise ab 22 Uhr Bettruhe und das Zusammensein von Ehepartnern war nicht erlaubt. Da es kaum Aufklärung über Verhütung gab, kam es häufig zu Schwangerschaften bei den Vertragsarbeiterinnen – zumal in vietnamesischen Familien, laut Frau Hentschel, Sexualität ein Tabuthema war. Es wurde laufend abgetrieben, da eine offensichtliche Schwangerschaft dazu geführt hätte, dass die Frauen nach Vietnam zurückgeschickt worden wären. Sie hatten ihre Pflicht gegenüber dem Staat zu erfüllen, ansonsten nie wieder in einem staatlichen Betrieb arbeiten, so das Credo.

Eine der Bewohnerinnen des Heimes, in dem Hentschel Betreuerin war, hatte Briefe an Honecker geschrieben, was sanktioniert wurde. Erste Lockerungen in den Wohnheimen gab es einige Monate vor der Maueröffnung.

1990 kam es zu einer Änderung des Abkommens. Die Wohnheime wurden aufgelöst und die Rückführungen begannen. Etwa 15.000 blieben in der DDR. Es kam zu Familiengründungen, und die 1. Generation von Kindern ehemaliger Vertragsarbeiter*innen wurde geboren. Am 1.7.1990 kam die Währungsunion. Da die Vertragsarbeiter*innen kein eigenes Konto haben durften, bildeten sich Schlangen vor den Sparkassen: Es gab viele Schwierigkeiten und Ängste, aber schließlich konnte die DDR-Mark ebenso getauscht werden wie bei den DDR-Bürgern.

1990 wurde auch die erste Beratungsstelle gegründet, aus der 1993 eben auch die Reistrommel e.V. hervorging. Kaum jemand aus der Gruppe der Vertragsarbeiter*innen kannte seine/ihre Rechte und Pflichten.

Die Wohnheimbetreiber*innen standen mit ihren Leuten da und waren froh, wenn die Mitarbeiter*innen Beratung machen wollten, vor allem auch aufsuchende Beratung. Es fanden Infoveranstaltungen für die Vertragsarbeiter*innen, nicht nur aus Vietnam, statt,

die „krachend voll waren“. Die Post wurde auf Reiseschreibmaschinen erledigt, oft wurde bis 24 Uhr gearbeitet und man war „nur noch auf der Toilette allein“.

Am 1.1.1991 trat das neue Ausländergesetz in Kraft. Aus der DDR-Aufenthaltsgenehmigung wurde die Aufenthaltsbewilligung (keine Verlängerung war vorgesehen). Es begann in der Beratungsstelle der Kampf um das Bleiberecht der Vertragsarbeiter*innen. Frau Hentschel schilderte dies wie folgt: „Die DDR sollte ausländerfrei übergeben werden. Genau dass wollten wir als Beratungsstelle nicht, die Menschen sollten selbst entscheiden können, ob sie bleiben oder gehen wollten.“ Vietnam, Mosambik und Angola waren die einzigen, die ihre Staatsangehörigen nicht zurückgeholt haben. (Frau Hentschel erwähnt am Rand, dass die Mosambikaner heute noch um eine Abfindung in Höhe von 3000 € kämpfen.) In Vietnam gab es keine Arbeit und keine Wohnungen für die vielen Vertragsarbeiter*innen und so wünschten sich viele in Deutschland zu bleiben.

1993 wurde bei der Innenministerkonferenz ein Asylkompromiss gefunden. Der Aufenthaltsstatus für die ehemaligen Vertragsarbeiter*innen wurde erleichtert. Sie erhielten die Aufenthaltsbefugnis, so sie eine Wohnung und ein Einkommen nachweisen konnten und nicht vorbestraft waren. Die erste Ausländerbeauftragte für das Land Brandenburg wurde Frau Berger, mit der die Beratungsstelle gut zusammenarbeitete.

Ende 1997/Anfang 1998 erhielten viele Vertragsarbeiter*innen eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis. Frau Hentschel stellt fest, dass bis zu diesem Zeitpunkt für die Vietnames*innen Deutschland noch geteilt war, da für sie keine wirtschaftliche Niederlassung möglich war. Sie lebten in Berlin meist in Wohnheimen, in denen sich 9 Personen eine 3-Zimmer-Wohnung teilen und selbst versorgen mussten, eine Badezelle ohne Fenster hatten und die Wäsche mit der Hand waschen mussten. Viele verdienten in dieser prekären Situation ihr Geld durch den Zigarettenverkauf, den sog. „Soli-Zigaretten“, was später kriminalisiert wurde.

Zu den vietnamesischen Asylbewerber*innen ist zu sagen, dass sie sich oft verschuldet haben. Die Männer haben ihren Unterhalt durch Zigarettenhandel verdient oder geklaut. Die Frauen bekamen oft Zweckkinder, um ihren Aufenthalt zu legalisieren oder sie arbeiteten schwarz als Kindermädchen. Da diese Gruppe häufig aus ländlichen Gegenden stammt, ist ihre Schulbildung niedrig.

Die neuzugewanderten Vietnames*innen haben in der Regel kein Recht auf politisches Asyl. Sie sind geduldet. Legal wird ihr Aufenthalt durch Heirat oder durch Kinder mit Deutschen. Zum Teil kommen sie auch nach Deutschland im Rahmen der Familienzusammenführung. Die größte Gruppe der Neuzugewanderten lebt in Berlin.

Frau Hentschel geht im weiteren Verlauf auf die kulturellen Besonderheiten der Vietnames*innen ein, die sie durch ihre Tätigkeit als Betreuerin im Wohnheim und ihre Aktivität bei Reistrommel feststellte und die für ihre Integrationsarbeit relevant werden:

Die Vietnames*innen gehören unterschiedlichen Religionen an, hauptsächlich dem Buddhismus, aber auch dem Protestantismus und Katholizismus. Sie leben meist in Großfamilien und richten sich nach der Lehre des Konfuzius.

In Deutschland haben die Religionen, aber auch der Ahnenkult und der Aberglaube weiterhin Bedeutung. Familienprobleme werden geheim gehalten. Erziehungsziele sind Gehorsam, Respekt und frühe Übernahme von Pflichten. Der Schulerfolg ist sehr wichtig. Um diese Ziele zu erreichen bekommen die Kinder klare Regeln und Verbote. Es wird bestraft und belehrt, nicht jedoch gelobt. Dies führt oft zu psychischen Erkrankungen der Kinder. Die Familien- und Freizeitgestaltung ist unstrukturiert. (Wobei dies – und auch andere von Frau Hentschel festgestellte Besonderheiten – angesichts prekärer Lebenssituationen, denen Vietnames*innen in Deutschland ausgesetzt sind und waren sowie mangelnder Informationsmöglichkeiten nicht überrascht und eindeutig im Kontext betrachtet werden sollte.) Problematisiert wird außerdem die Behandlung bei Krankheiten erfolgt nach hergebrachter traditioneller Medizin auf pflanzlicher Basis, durch Akupunktur und Massage. Erkennbar ist dadurch eine hohe Sterblichkeitsrate. Die Beratung versucht, viel zu informieren, aufzuklären und zu behandeln.

Frau Hentschel sieht für die Zukunft folgende Herausforderungen, konkret für die Arbeit ihres Vereins:

Die Altersarmut wird für die älteren und die ehemaligen Vertragsarbeiter*innen wegen nicht gezahlter Rentenbeträge zunehmen. Sie sind auf Grundsicherung angewiesen.

Es geht um eine Verbesserung der Sprachkenntnisse, sowohl der deutschen und vietnamesischen, um die Sprachlosigkeit in den Familien zu überwinden.

Es geht um eine bessere Vermittlung der Kenntnisse über Systeme (Institutionen, Behörden, Gesundheitsversorgung).

Es geht um eine Verbesserung der Bildungssituation und der Integration in den Arbeitsmarkt.

Der Verein will auch Vorschläge zu anderen Erziehungsmethoden machen.

Am Ende ihres Vortrags ist Frau Hentschel noch ein Nachtrag zum Thema Rassismus wichtig:

Die rechten Ausschreitungen in Hoyerswerda 1991 und Rostock-Lichtenhagen 1992 sind vielen noch in Erinnerung, als Wohnheime angezündet wurden. Besonders wurden aber auch vietnamesische Straßenverkäufer Opfer rassistischer Gewalt. Zudem wurde diese Personengruppe durch die Polizei gefoltert. Frau Hentschel beschreibt, wie auch sie als Mitarbeiter*innen gewalttätige Übergriffe abwehren und die Wohnheime bewachen mussten, Wie lässt sich dies erklären? Nach Ansicht von Frau Hentschel gab es in den Betrieben der damaligen DDR nur eine Scheinsolidarität. Persönliche Kontakt zwischen DDR-Bürger und vietnamesischen Vertragsarbeiter*innen waren nicht vorhanden. Eine Aufklärung, weshalb die Vertragsarbeiter*innen da waren, fand nicht statt. Selbst sie als Wohnheimbetreuerin wurde „null vorbereitet und wusste nichts“, auch nichts über das

Staatenabkommen. Ihre wichtigste Aufgabe war das Verteilen der Briefe an die Bewohner*innen, die aus Südvietnam kamen. Sie sollte die Absender und Empfänger notieren und an die Stasi weiterleiten.

Die Aktualität rechtsextremer Handlungen und Ressentiments bereiten Frau Hentschel besonders Sorge, nicht zuletzt wegen dieser eigenen erschütternden Erfahrungen in der Vergangenheit. Sehr viel Courage ihrerseits war erforderlich, dem man nur große Anerkennung gegenbringen kann.

Im Anschluss gab es Raum für Diskussion und Fragen. Eine davon lautete: Was war die offizielle Version, weshalb die Vietnames*innen in der DDR waren? Zuerst wurde erklärt, dass sie durch ihre hier erworbenen Kenntnisse beim Aufbau des Bruderstaates beitragen sollten – als dann 60.000 da waren, gab es keine Informationen mehr. Die Verträge waren geheime Verschlussache und erst nach der Wende gelangten sie an die Öffentlichkeit.

Auf die Frage, wie die heutige Situation wäre, wiederholt Frau Hentschel, dass viele Asylbewerber ohne Aufenthaltsstatus wären. Sie leben im Familienverband. In Frau Hentschel's Verein, der Reistrommel e.V., arbeiten Vietnames*innen als Lehrer*innen und Sozialarbeiter*innen. In Deutschland sind viele Vietnames*innen im Pflegebereich tätig. Sie befürchtet, durch das Einwanderungsgesetz, das nächstes Jahr kommt, wird es eine „neue Welle“ von Arbeitsmigrant*innen aus Vietnam geben, die sich verschulden werden. Es sind dies meist Frauen und Männer mit niedrigem Bildungsstand.

Die Frage nach den Hauptaufgaben/-problemfeldern für die Vereinsarbeit wird gestellt. Es sind dies alltägliche Dinge wie die Behördenpost zu verstehen oder Erziehungs- und Gesundheitsfragen. Schwarzarbeit ist ein großes Problem, aber auch die Verarbeitung von Fluchterfahrungen und von Vergewaltigungen während der Flucht. Wenn es zu Gewalt kommt, sind die Mitarbeiter*innen von Reistrommel e.V. immer da und verständigen die Presse. „Wir sind ein rotes Tuch für die Rechten und die nachfolgend Verantwortlichen. Wenn Folterungen gedeckelt wurden, haben wir es öffentlich gemacht. Dadurch sind sehr viele Sachen verhindert worden.“

Wo gibt es vietnamesische Communities, lautet eine weitere Frage. Antwort: In Tschechien gibt eine anerkannte Minderheit von Vietnames*innen. Ansonsten gibt es sie in allen größeren Städten Europas. Sie haben dort auch Handelszentren, da sie durch ein Gewerbe ihren Aufenthalt sichern können. Auch in Berlin treiben viele Vietnames*innen ein Gewerbe.

Die Antwort auf die Frage, wie die Beratung anfangs finanziert wurde, ist: „Durch Arbeitslosengeld und ein großes Herz“.

Ralf schildert abschließend noch seine Beobachtungen in Berlin, dass die vietnamesischen Restaurants sehr modern und hip wären. Dies bestätigt Frau Hentschel. Nach der Wende wären viele vietnamesische Studierende oder junge Leute im Rahmen der Familienzusammenführung gekommen, die mehr Selbstbewusstsein haben.